

DIE LINKE. Duisburg

Pressemitteilung, 11.08.2022

Heißer Herbst auch für Beschäftigte – Tarifrunden beginnen bald

DIE LINKE. Duisburg unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach höheren Löhnen

Für knapp 10 Millionen Beschäftigte vieler Branchen werden im Herbst neue Vergütungstarifverträge verhandelt. Die eingebundenen DGB Einzelgewerkschaften, z.B. die IG Metall, die IG BCE oder auch ver.di, verlangen aufgrund der bereits eingetretenen krisenbedingten Reallohnverluste für die betroffenen und vertretenen Teilbranchen deutlich höhere Löhne, als durch Abschlüsse in der Vergangenheit bislang erzielt wurden. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften und unterstützt diese Forderungen.

Denn wie gewohnt warnen Arbeitgeberverbände, neoklassische Wirtschaftswissenschaftler:innen und Wirtschaftsweiser und allesamt alle neoliberalen Parteien vor zu hohen Tarifabschlüssen. Von einer Lohn-Preis-Spirale, die die Inflation weiter befeuern würde, ist gar die Rede.

Matthias Brachvogel, selbst Mitglied der IG Metall, Kreissprecher und gewerkschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE. Duisburg: „Man muss Wirtschaftswissenschaften nicht studiert haben, um zu erkennen, wo die Preissteigerungen, die uns alle betreffen, herkommen. Schon durch die Corona-Krise wurden viele Güter durch Probleme in den Lieferketten massiv verknappt und der Krieg in der Ukraine trägt gerade im Energiemarkt zu einer weiteren enormen Verknappung bei. Das sorgt für die extreme Verteuerung vieler auch grundsätzlicher Güter, die wir alle täglich benötigen. Die Panikmache vieler, auch selbsternannter, Expert:innen rund um das Thema Inflation und Geldentwertung wie in den 1920er Jahren, ein Bild wie es gerne und falsch auch in den Medien benutzt wird, ist irreführend. Und hat mit einer 'klassischen' Lohn-Preis-Spirale erst recht nichts zu tun. Die Menschen brauchen mehr Geld, um ihre gestiegenen Fixkosten überhaupt bezahlen zu können.“

Arbeitgeberverbände hatten verbunden mit einer schwarzmalenden Rezessionsangst zur Bewältigung der Krise eine Erhöhung der Arbeitszeit auf eine 42 Stunden Woche, ein deutlich späteres Renteneintrittsalter von 70 Jahren, lediglich eine Einmalzahlung eines „Krisengeldes“ und eine deutliche Lohnzurückhaltung gefordert.

„Man könnte sagen: Das alles gehört zum bekannten Spiel in Arbeitskämpfen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Situation ist aber viel dramatischer. Egal wo man hinsieht, - das geht bei der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge los und endet nicht bei der Einführung einer privaten Aktienrente - es steigen die von der Bevölkerung zu zahlenden Kosten für die von marktradikaler Seite geforderten Eigenverantwortung. Die Kosten werden vorhersehbar mit dem Beginn der Heizperiode explodieren. Die geplanten Maßnahmen der Ampel-Koalition reichen hinten und vorne nicht, um Menschen finanziell zu stützen. Da sind Forderungen nach deutlich mehr Gehalt mehr als nur legitim, sondern notwendig. Wir werden diese Arbeits- und Abwehrkämpfe gemeinsam führen. Weil es DIE LINKE auch weiterhin braucht!“, so Brachvogel abschließend.